

Diplomatische Zurückhaltung unangebracht

Indonesiens Präsident Suharto vom 3.7.–7.7. zu Besuch in der Bundesrepublik. Mahnwachen in Bonn und Berlin

Nach 21 Jahren besuchte der indonesische Präsident Suharto zum zweiten Mal in seiner über 25jährigen Amtszeit die Bundesrepublik Deutschland. Gekommen war er, um die "freundschaftlichen und traditionell problemfreien, politischen Beziehungen zwischen Indonesien und der BRD" zu pflegen und sich einen Kredit zum Bau weiterer Fährschiffe für den innerindonesischen Passagierverkehr zu sichern. Neben Bonn, dem niedersächsischen Papenburg und Rheinland Pfalz besuchte er auch 2 Tage Berlin. Sowohl von deutschen PolitikerInnen als auch von DemonstrantInnen wurde er überall auf seiner Reise mit Menschenrechtsfragen konfrontiert.

Direkt von seiner Pilgerfahrt aus Mekka kommend, traf Präsident Suharto am 3.7. mit großer Delegation in Bonn ein. Vier Tage nach seiner Abreise ließ er den Botschafter der Republik Indonesien in Bonn, Dr. Hasjim Djalal, zu einer Unterredung nach Jakarta zurückbeordern. Den gewünschten 500 Millionen-Kredit hatte der General zwar in der Tasche, doch zeigte er sich empört über das schlechte Indonesien-Bild, das in Deutschland offenbar verbreitet werde. Nicht nur der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ingomar Hauchler hatte die hohen Subventionen für ein Land, das massiv die Menschenrechte verletze, kritisiert. Der Abgeordnete hatte darauf hingewiesen, daß 1991 die Zusagen an Afrika erheblich gekürzt worden seien und ein solcher Kredit zu Lasten der ärmsten Länder der Dritten Welt gehe.

Wirtschaftliche Hilfe von Menschenrechtssituation abhängig machen

Die Situation der Menschenrechte in Indonesien hatten sich auch all diejenigen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen auf die Fahnen geschrieben, die bereits im Vorfeld und während des indonesischen Staatsbesuchs an die Bundesregierung und den Bundespräsidenten appelliert hatten, weitere Wirtschaftshilfe für die Inselrepublik von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen. So wiesen sowohl die Südostasien-Informationsstelle in einem offenen Brief an Richard von Weizsäcker² als auch die Bonner Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen in einem Schreiben an den Bundeskanzler auf den jüngst von der UNDP veröffentlichten "Human Development Report" hin. In diesem wird Indonesien, gemessen an der Situation der Menschenrechte, auf Platz 77 von 88 untersuchten Ländern eingestuft. An die militärischen Angriffe auf West-Papua und Ost-Timor, die jüngsten Terrorakte in Aceh sowie an Landkonflikte und die Mißachtung von Presse- und Meinungsfreiheit erinnerten mehrere Organisationen in Stellungnahmen und Presseerklärungen. Der DGB Kreis Bonn-Rhein-Sieg betonte in einem Aufruf, daß das wirtschaftliche Leben in Indonesien unter sträflicher Mißachtung der Arbeitnehmerrechte stattfindet.

Die Menschenrechtssituation wählte auch der WDR zum Aufhänger für seine Sendung "Thema heute", die am 3. Juli unter dem Titel "Die Klagen der Toten sind nicht verstummt - Indonesien unter der Militärherrschaft" ausgestrahlt wurde. Besonders scharfe Kritik am Suharto-Besuch übten die Grün-Alternativen im Berliner Abgeordnetenhaus, die diplomatische Zurückhaltung vor einem "der dienstältesten Schlächter" der Dritten Welt unangebracht hielten.

Dr. Hans-Otto Hahn, Direktor von "Brot für die Welt" zeigte in einem Brief an den Bundespräsidenten den Beitrag seiner Organisation "in diesem so reichen Land" auf: "Wir leisten Hilfe, um ... die Ungerechtigkeit der Verteilung und Ungleichheit in der Teilhabe zu überwinden. ... Unter dem Mantel der Stabilitätssicherung erkennen wir jedoch eine rigorose Politik der Kontrolle, Bestrafung, Verfolgung und Einschüchterung der Menschen durch die Herrschenden."

"Mein Mann hat doch so viel Gutes für sein Volk getan!"

Aktiv zu Wort meldete sich anlässlich des Suharto-Besuchs auch die (oder eine neue?) Indonesien-Solidarität, von der so manch frustrierter "Alt-Kämpfer" geglaubt hatte, sie sei in einen unendlichen Dornröschen-Schlaf versunken...

Auf Initiative der Südostasien-Informationsstelle, IMBAS in Frankfurt und des Amsterdamer Komitee Indonesië fand am Donnerstag, dem 4. Juli um 10 Uhr auf dem Bonner Rathausplatz eine Mahnwache statt. Anlaß war die Eintragung Präsident Suhartos in das Goldene Buch der Stadt Bonn. 150 Personen waren gekommen, die meisten von ihnen aus den Niederlanden. In scharfen Worten machten Süd-Molukker, West-Papuas und Ost-Timoren ihrem Ärger über 25 Jahre Suharto-Regime Luft. An Bundeskanzler Kohl richtete das Komitee Indonesië die Forderung, sich für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Ost-Timor einzusetzen. Auch die "Gesellschaft für bedrohte Völker" erinnerte an Folter, Mißhandlungen und staatlichen Mord in Ost-Timor.

Wer nicht am Bonner Rathaus erschien, war der Präsident selbst. Ob es die Demonstration oder die abgesetzte Bundeshauptstadt war, der er seine Ehre

nicht zuteil werden lassen wollte, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden...

Was Suharto in Bonn recht gewesen war, durfte ihm in Berlin zwei Tage später jedoch nicht billig sein. Am 5. und 6. Juli war er der erste offizielle Staatsbesuch in der frischgekurten Zentrale des vereinten Deutschland seit dem Fall der Mauer. Bereits im Vorfeld des Besuchs hatte der Berliner Zoo als Gastgeschenk ein Komodowaran-Männchen erhalten, was so mancher deutschen Tageszeitung intensive Berichterstattung wert gewesen war als das Protokoll des Staatsbesuchs oder gar die Menschenrechtsfrage. Auf letztere wies - wie schon zuvor die Bonner PolitikerInnen - auch Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen beim offiziellen Empfang im Schloß Charlottenburg hin. Die Presseerklärung, die Abgeordnete der AL an die Anwesenden verteilt hatten, war von indonesischen Sicherheitsbeamten jedoch umgehend wieder eingesammelt worden.

Ca. 60 "unauffällige" Herren vom indonesischen Geheimdienst mischten sich kurze Zeit später auch unter die 200 DemonstrantInnen am Brandenburger Tor, die zusammen mit Touristen aus aller Welt auf Berlins hohen Gast warteten. Organisiert hatten die Berliner Mahnwache vor allem Amnesty International und andere Menschenrechtsgruppen. Diesmal kniff der Präsident nicht. Unter "Mörder"-, "no more torture"- und "Diktator"-Rufen schritt er gesenkten Hauptes an Plakaten mit der Aufschrift "Suharto, do not trample on human rights and forests" oder "Diesen Waren wollen wir nicht" vorbei. Ein Ohrenzeuge will aus dem Munde der Präsidentengattin Tien die Entrüstung über all diese gemeinen Unterstellungen vernommen haben, wo ihr Mann doch so viel für sein Volk getan habe ...

Blumige Worte von Ali Alatas

Mit einem Lächeln habe Präsident Suharto die Demonstranten in Berlin bedacht, vermeldete am 13.7. das indonesische Wochenmagazin TEMPO: ein Zwischenfall, der in keinsten Weise das Programm des Staatsbesuchs gestört habe. Das gesteckte Ziel sei erreicht worden. In der Tat, der Kredit für den Bau fünf weiterer Schiffe auf der Meyer-Werft im niedersächsischen Papenburg für die staatliche Schiffahrtsgesellschaft Peln ist unter Dach und Fach; die Befürchtungen Indonesiens, die BRD könne bei starkem Augenmerk auf Osteuropa Südostasien vergessen, sind von den deutschen Politikern weitgehend zerstreut worden. Außerdem vereinbarten die Bundesrepublik und Indonesien eine engere Zusammenarbeit im Umweltschutz, besonders zum Erhalt des Tropenwaldes.

Und wo blieben die Menschenrechte, das Schlagwort, unter dem - abgesehen

von ökologischen Fragen – die Kritik am Suharto-Regime während des Staatsbesuchs subsumiert worden war? Zumindest in den Tisch- und anderen Reden sämtlicher deutscher PolitikerInnen, die Suharto und sein Gefolge an die Achtung menschlicher Grundrechte erinnerten. Im gleichen Atemzug begrüßten der Bundespräsident, Bundeskanzler

Kohl und andere jedoch den Beitritt Indonesiens zur Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen als einen entscheidenden und zukunftsweisenden Schritt. "Ich möchte Sie ermutigen, auf diesem Weg weiterzugehen", so Kohl an die Adresse von Suharto.

Auch Außenminister Ali Alatas erinnerte in der offiziellen Pressekonferenz – zur

Menschenrechtssituation in Indonesien befragt – an diese neue Mitgliedschaft. Ansonsten verlor er kein Wort zu Aceh, Ost-Timor oder anderen aufgeworfenen Problemen. In blumigen Worten verwies er auf die hochstehenden, alten Kulturen Asiens, die sich seit einiger Zeit mit den Werten der westlichen Moderne auseinandersetzen müßten und deshalb eine andere Annäherung an Fragen der Menschenrechte hätten als z.B. Amnesty International.

Mag es bei diesen blumigen Worten geblieben sein. Nach Ansicht indonesischer Beobachter ist es durchaus als Erfolg zu verbuchen, daß Suharto bei seinem zweiten Deutschland-Besuch – wie er erwartet hatte – nur eitel Sonnenschein begegnete. Es mag ihm auch klar geworden sein, daß seine gezielte Politik der Zurückhaltung auf den Tribünen der Weltöffentlichkeit weder die Erinnerungen an das, was 1965 geschehen ist, auslöschen noch ganz von der aktuellen Lage in Indonesien, z.B. in Aceh, ablenken kann.

Last not least: Für all diejenigen in der Bundesrepublik und im benachbarten Ausland, die sich jetzt oder seit Jahr(zehnt)en kritisch mit dem Suharto-Regime auseinandersetzen, hat der Präsidenten-Besuch zusätzlich neue Impulse für Aktivitäten und Kooperation gegeben.

Erika Jung

Im Wortlaut: Staatsbesuch von Präsident Suharto

Hexenjagd in Indonesien

Aus Anlaß des Staatsbesuchs des indonesischen Präsidenten Suharto in der Bundesrepublik hat die „Südostasien Informationsstelle“ in einem Brief an Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf die Situation der Menschenrechte in Indonesien hingewiesen. Der Verein bittet Weizsäcker, darauf hinzuwirken, daß sich die indonesische Regierung in Worten und Taten die einschlägigen internationalen Menschenrechtserklärungen zu eigen machen möge. Der Brief hat – gekürzt – nachstehenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Vom 3. – 7. Juli erwarten Sie und die Bundesregierung General Suharto, den Präsidenten der Republik Indonesien zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 25 Jahren steht Präsident Suharto unangefochten an der Spitze des großen Vielvölkerstaats, der in diesem Vierteljahrhundert mit zahlreichen wirtschaftlichen Erfolgen aufwarten konnte: Vom größten Reimporteur der Welt wurde Indonesien in knapp 20 Jahren zum Selbstversorger; der Ölboom bildete die Basis für eine Industrialisierungspolitik, die Indonesien zu einem Anwärter auf das Prädikat „Schwellenland“ gemacht hat.

...Trotz mancher erfolgreicher Bilanz ist die Regierungszeit des Präsidenten Suharto, der in den letzten 25 Jahren kaum weltpolitische Schlagzeilen machte – einzige Ausnahme: der Einmarsch indonesischer Truppen in die ehemalige portugiesische Provinz Ost-Timor 1975 – von einer Serie von Menschenrechtsverletzungen begleitet. In einem Bericht der Vereinten Nationen über die Situation der Menschenrechte in 88 Ländern ... rangiert Indonesien auf dem 77. Platz, gleichgestellt mit Nord-Korea und Vietnam.

Es begann bereits 1965 mit der Machtübernahme des Militärs, als mindestens 500 000 Menschen blutigen Massakern zum Opfer fielen und über eine Million Menschen gefangen genommen wurden. Alle, die aus der Haft entlassen wurden und ihre Familien sind für ein Leben lang politisch und sozial gebrandmarkt.

Bis heute fühlt sich die indonesische Regierung nicht verpflichtet, die in der – von der „Asian Commission of Human Rights“ verabschiedeten – „Erklärung über die grundlegenden Pflichten von Völkern und Regierungen der ASEAN-Staaten“ festgelegten Grundprinzipien einzuhalten. Dazu gehören u. a. die Rechte auf Schutz vor willkürlichem Arrest, auf Bewegungs- und Niederlassungs-, auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. So wurden unlängst drei Männer zu sieben und achtjährigen Haftstrafen verurteilt, nur weil sie Bücher des verbotenen Schriftstellers Pramoedya Ananta Toer verbreitet hatten. Derzeit

findet eine „Hexenjagd“ auf einen Künstler statt, der angeblich durch eine Karikatur des Präsidenten, ... zum Thema „Landkonflikte“ die „nationale Stabilität“ gefährde.

Landkonflikte sind ein besonders dunkles Kapitel in der aktuellen indonesischen Politik. Nicht selten stehen sie in Zusammenhang mit Projekten internationaler Entwicklungshilfe. Ein Beispiel ist der Staudamm von Kedung Ombo/Mitteljava, ein Projekt, das weitgehend von der Weltbank finanziert wird. Im Mai wurde dieser Damm offiziell eröffnet, obwohl sich nach wie vor 600 Familien weigern, ihre Dörfer zu verlassen. Die Bauern, die ihr Hab und Gut bereits mehrfach vor den Fluten retten mußten, sollen seit Jahren durch Einschüchterungsmaßnahmen gezwungen werden, dürftige Entschädigungen zu akzeptieren.

Dieses und andere Beispiele von Menschenrechtsverletzungen sind Gegenstand von Berichten in Japan und im westlichen Ausland gewesen und sowohl den Regierungen der Länder Europas als auch internationalen Organisationen wie der UN und ihren Unterorganisationen sowie dem internationalen Geldgeberkonsortium für Indonesien (IGGI) bekannt. Sie stehen in krassem Gegensatz zu den Reden führender indonesischer Politiker, die ihr Land als demokratisch und offen hingestellt wissen wollen.

Die Unterzeichner möchten Sie, Herr Bundespräsident, bitten,

● Präsident Suharto bei seinem Besuch mitzuteilen, daß auch in der Bundesrepublik und in den Nachbarländern große Anteilnahme für die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen in Indonesien besteht;

● im Gespräch mit Präsident Suharto darauf hinzuwirken, daß sich die indonesische Regierung die einschlägigen internationalen Menschenrechtserklärungen in Worten und Taten zu eigen machen möge;

● im Gespräch mit der Bundesregierung darauf hinzuwirken, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien von der Frage der Menschenrechte abhängig zu machen, wie es bereits in anderen Fällen verantwortungsvoll getan wurde.

Anmerkungen

- 1 so formuliert in den Unterlagen des Bundespresseamts
- 2 s. Kasten: Abdruck dieses Briefes in der Frankfurter Rundschau

